



Foto: Masha Tuler

Politik bedeutete für ihn immer Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern: Nach 18 Jahren als Oberbürgermeister ist Ulrich Maly 2020 nicht mehr zur Wahl angetreten. Als allzeit akzeptierten Vermittler schätzten ihn auch politische Gegner.

Abschied vom „schönsten Beruf der Welt“

Ein Rückzug aus der Politik gelingt langjährigen und populären Mandatsträgern selten. Das süße Gift der Macht und Lob aus dem eigenen politischen Umfeld verhindern oft das rechtzeitige Aufgeben von politischen Ämtern. Wenn auch noch der politische Gegner Person und Arbeit lobt, dann scheint ein freiwilliger Rückzug fast unmöglich. Nach 17 Jahren als Oberbürgermeister von Nürnberg hat Ulrich Maly trotzdem im März 2019 angekündigt, im März 2020 nicht mehr zu kandidieren. Der OB von Nürnberg zu sein, war für Maly immerhin der „schönste Beruf der Welt“. Auch andere politische Ämter wollte er nicht anstreben. Eine Wiederwahl von Deutschlands beliebtestem OB in einer Großstadt, so das Ergebnis einer Forsa-Umfrage, wäre wohl wahrscheinlich gewesen.

Der damals 58-Jährige begründete seinen Schritt mit strategisch-politischen Gründen: Der Generationswechsel in der SPD solle rechtzeitig eingeleitet werden und er wolle sich nicht dem Vorwurf aussetzen, an seinem Amt zu kleben: „Die Frage nach einer erneuten, dann vierten Kandidatur, stellt sich auch nicht nach der Fitness am Wahltag im März 2020, sondern danach, was 2025 oder 2026 sein wird. Habe ich dann noch die nötige Frische, mich inhaltlich für unsere Stadt täglich neu zu erfinden? Oder weiß ich eh alles besser? Habe ich da noch die Kraft und Gelassenheit für den glaubwürdigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern oder habe ich alles eh schon einmal gehört?“ Damit spielte Maly auf eine seiner zentralen politischen Überzeugungen an: Er wollte mehr Information, mehr Kommunikation und mehr Partizipation mit und durch die Bürgerinnen und Bürger. Unter Politik verstand der OB immer auch Übersetzungsarbeit.

2002 hatte Maly, der von 1996 bis 2002 Kämmerer der Stadt war, in seinem Wahlkampf das Prinzip „Stadtpolitik im Dialog“ in den Mittelpunkt gestellt. Er wolle, so kündigte er damals an, nicht alles anders machen als sein Gegenkandidat OB Ludwig Scholz von der CSU, er werde aber Politik besser erklären und die Bürger auf den Weg zu Entscheidungen mehr einbinden. Dieses Versprechen hat der Sozialdemokrat auch gehalten. Er führte mobile Bürgerversammlungen mit dem Fahrrad ein. Mehrmals im Jahr gab es Touren zu politisch umstrittenen Brenn-

*Maly ist eine Lichtgestalt der SPD
in Bayern und einer der besten
Oberbürgermeister Deutschlands.*

Ministerpräsident Markus Söder

punkten wie zur inzwischen wieder aufgegebenen Nordanbindung des Flughafens oder aber es wurde am Frankenschnellweg erklärt, warum der kreuzungsfreie Ausbau mit einem Tunnel sinnvoll sei. Maly hat bis zuletzt die Überzeugung vertreten, dass die Bündelungsfunktion eines weitgehend staufreien Frankenschnellwegs die angrenzenden Stadtteile vom Verkehr entlastet. Bei den mobilen Bürgerversammlungen, die inzwischen von Amtskolleginnen und -kollegen in anderen deutschen Städten kopiert werden, wurden aber auch neue Schulbauten und Kindertagesstätten gezeigt und es wurde erklärt, wie es um die städtische Luft steht, nämlich gar nicht so schlecht, und warum es so schwer ist, die Qualität der Grünflächen zu verbessern. Die in der Regel 100 bis 150 Teilnehmer konnten ihre Fragen direkt an Fachleute und OB richten und erhielten

auch eine Antwort. Die Bürgerinnen und Bürger bekamen ein Gefühl dafür, wo in ihrer Stadt etwas vorangeht und wo es hakt.

Maly beließ es aber nicht bei der mobilen Bürgerversammlung, die bisweilen auch einen sehr emotionalen Charakter annahm, um Bürgerinnen und Bürger zum Mitmachen einzuladen. Es gab Projektbeiräte zur Umgestaltung des Nelson-Mandela-Platzes, zur Bebauung des ehemaligen Bahngeländes entlang der Münchener Straße und zur Neuplanung des Frankenschnellwegs, wo intensiv mit Fachleuten nach der besten Planungsalternative gesucht wurde. Damit Migranten in der Stadtgesellschaft mitreden, mitgestalten und auf ihre spezifischen Probleme aufmerksam machen können, richtete Maly die Kommission für Integration ein. Der Sozialdemokrat ist nicht nur ein gewitzter und sehr gut argumentierender Rhetoriker. Maly kann zuhören und er trieb seine Verwaltung an, direkter mit den Bürgerinnen und Bürgern zu kommunizieren und Entscheidungen im Vorfeld zu begründen und zu erklären, was allerdings nicht immer klappte.

Ein charismatischer Intellektueller mit einer großen Portion Bodenhaftung. Er hat ohne parteipolitische Scheuklappen nie vergessen, woher er kommt und wohin er gehört. Sein wichtigstes Anliegen war und bleibt, den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft zu stärken, unabhängig von Herkunft, Religion, Status oder Bildung.

Renate Schmidt, Bundesfamilienministerin a.D., Ehrenbürgerin der Stadt Nürnberg

Neben der „Stadtpolitik im Dialog“ war dem Sozialdemokraten das Prinzip „solidarische Stadtgesellschaft“ besonders wichtig. Es sollte niemand zurückbleiben oder ausgegrenzt werden. Aufgrund der schwankenden Steuereinnahmen musste Nürnberg immer wieder Projekte zurückstellen und sparen. Unter Maly wurden die Modernisierung und der Neubau von Schulen und Kindertagesstätten sowie Maßnahmen, die Bildungsgerechtigkeit zu verbessern, von den Sparzwängen aber stets ausgenommen. Die Versorgung mit Krippenplätzen stieg in seiner Amtszeit von drei auf 38 Prozent der anspruchsberechtigten Kinder. Solidarität bedeutet für ihn auch Arbeitsplätze: In Mals Amtszeit sank die Arbeitslosenquote von 13,2 auf rund fünf Prozent. Trotz der Insolvenz von Quelle, dem Aus von Grundig und der Schließung des AEG-Standorts an

der Fürther Straße. Mit Fördermitteln der EU konnte die Südstadt aufgewertet werden. Malys Anliegen, möglichst viele Langzeitarbeitslose wieder auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen, gelang allerdings trotz großer Anstrengungen nur in Zusammenarbeit mit der Noris Arbeit.

2002 gewann der damals 41-Jährige mit 55,9 Prozent der Stimmen die Stichwahl gegen Amtsinhaber Ludwig Scholz. 2008 erhöhte er seinen Stimmenanteil auf 64,3 Prozent und machte die SPD wieder zur stärksten Fraktion im Stadtrat. Damit war die Wahlschlappe der SPD von 1996 getilgt. 2014 erhielt Maly sogar 67,1 Prozent der Stimmen. Er verpasste damit das Rekordergebnis des früheren Oberbürgermeisters Andreas Urschlechter nur um wenige Zehntelprozent. Die „Süddeutsche Zeitung“ titelte damals „Der Frankenkaiser“.

Bei der Mehrheitssuche im Stadtrat brach Maly mit dem bis 2002 herrschenden Lagerdenken. Wurde Nürnberg von 1986 bis 1996 von Rot-Grün regiert, folgte 1996 bis 2002 eine Koalition aus CSU und Freien Wählern. Maly teilte die Referate und die Bürgermeisterämter nach der Sitzverteilung im Stadtrat auf. Die Stadtspitze sollte die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat widerspiegeln: Die stärkste Fraktion stellte deshalb jeweils den zweiten Bürgermeister. Bis auf das Umweltreferat, das an die Grünen ging, weil sie die drittstärkste Kraft im Stadtrat waren, teilten sich SPD und CSU gleichermaßen das Vorschlagsrecht für die Referate auf. „Der Stadtrat ist kein Parlament von Regierung und Opposition. Das Miteinander und nicht das Gegeneinander muss das Ziel sein“, sagte Maly 2008. Maßstab für das Handeln müsse der Mensch sein. Es gehe nicht um eine permanente politische Auseinandersetzung, sondern um rationale Diskussionen. Sich selbst bezeichnete er als „bürgerlichen Sozialdemokraten“, aber auch als Altlinken: „Lieber fröhlicher Weltverbesserer als verbissener Zwangsbeglückter.“

Entscheidend bei den drei Rathaus-Kooperationen unter Malys Regie war, dass stabile Mehrheiten für den städtischen Haushalt möglich waren und die großen Fraktionen sich über wesentliche Inhalte im Klaren waren. Vor Beginn der jeweiligen Stadtratsperiode wurden Verfahren abgesprochen, wie man bei umstrittenen Themen miteinander umgeht. Das führte dazu, dass es keine Schlammeschlachten oder Grabenkämpfe im Stadtrat in den vergangenen 18 Jahren gegeben hat. Harte Zeiten für Journalisten.

Malys rhetorisches Talent, den Kern von schwierigen politischen Problemen mit einfachen Worten

darzustellen und Lösungen vorzuschlagen, sowie sein taktisches Vorgehen, das Gegenüber nicht dominieren zu wollen, führten dazu, dass sich die Region Nürnberg in den Nullerjahren gemeinsam als „Metropolregion Nürnberg“ auf den Weg gemacht hat. Die beteiligten Städte und Landkreise konnten über diese kommunikative Plattform besser zusammenarbeiten, sich absprechen und vernetzen. Gemeinsam war es auch leichter, in Europa auf sich aufmerksam zu machen.

Die flexible Struktur der Metropolregion, die keine feste politische Instanz ist, macht es möglich, dass sich verschiedene Städte und Landkreise in unterschiedlichen Bereichen zusammenschließen können, um etwas politisch im Land oder im Bund zu erreichen. Das führte zu vielen wirtschaftlichen Verknüpfungen von Stadt und Land. Parallel dazu wurde das Gebiet des Verkehrsverbunds Nürnberg (VGN) stark ausgeweitet und es kam zu einer ersten Tarifreform im Bereich des VGN. Die politischen Akteure in Nordbayern kamen über die Metropolregion verstärkt miteinander ins Gespräch. Es ist Malys Verdienst, dass er als Ratsvorsitzender zwischen 2005 und 2011 nicht nachgelassen hat, die sehr unterschiedlichen politischen Akteure von der Plattform Metropolregion zu überzeugen.

Der Erfolg Malys hat sicherlich auch damit zu tun, dass er mit Markus Söder, dem heutigen Bayerischen Ministerpräsidenten und einstigen politischen Widersacher, eine Art Waffenstillstand zugunsten der Entwicklung Nürnbergs geschlossen hat. Bei allen persönlichen und inhaltlichen Differenzen verstehen sich beide sehr gut. Der Sozialdemokrat im Rathaus konnte sich deshalb auf die Hilfe, sprich großzügige Förderung des Freistaats, verlassen: bei der Sanierung des Wöhrder Sees, beim Ausbau des Messegeländes, der finanziellen Rettung des Flughafens, bei der Gründung der Musikhochschule, bei der Einrichtung einer Außenstelle des Deutschen Museums auf dem ehemaligen Augustinerhofgelände und beim wichtigsten Projekt für die nächsten Jahrzehnte, der Gründung einer Technischen Universität entlang der Münchener Straße.

Auch beim anstehenden Ausbau des Dokumentationszentrums Reichsparteitagsgelände und bei der Gründung sowie der Erweiterung des Memoriums Nürnberger Prozesse hat der Freistaat kräftig geholfen. Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2006, wo Nürnberg ein Spielort war, setzte Maly ein Konzept für das ehemalige Reichsparteitagsgelände durch, das die Basis für den heutigen Umgang mit baulichen Hinterlassenschaften der Nationalsozia-

listen bildet: Die vorhandenen Nutzungen werden akzeptiert. Die baulichen Relikte werden als geschichtliche Zeugnisse erhalten, damit auch künftige Generationen sich mit der Funktion des Geländes im nationalsozialistischen Propagandasystem auseinandersetzen können. „Es geht nicht um eine Aufarbeitung der Vergangenheit, sondern um eine permanente Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“, stellte Maly 2003 fest.

Streitbar, mit Haltung und Ziel, aber den Menschen mit Respekt begegnend und immer den Kompromiss suchend. Diese Mischung beeindruckt mich immer wieder. Und für den Deutschen Städtetag war sie ein unschätzbarer Gewinn.

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags

In seinen letzten Interviews als OB hat Maly stets beteuert, dass er nicht mit Bauwerken oder Straßen aus seiner Amtszeit in Verbindung gebracht werden will. Wichtig sei für ihn, dass die Lebensqualität in Nürnberg stimme. Das reicht vom Sicherheitsgefühl, einer umfangreichen sozialpolitischen Infrastruktur bis hin zu einem bezahlbaren Kulturangebot. In Umfragen zeigen sich die Nürnbergerinnen und Nürnberger mit großer Mehrheit mit ihrer Stadt zufrieden.

So ganz ohne Bauten geht es dann aber doch nicht. In Malys Amtszeit gelang der Neubau der Stadtbibliothek, die Sanierung des Schauspielhauses, die Einrichtung eines Kulturzentrums „Auf AEG“ und der Bau der 50-Meter-Schwimmhalle in Langwasser.

International und national machte Maly auf Nürnberg als allseits akzeptierter Vermittler aufmerksam: Er war zwischen 2006 und 2010 als Vertreter des Deutschen Städtetags Mitglied im Europäischen Ausschuss der Regionen bei der EU, zwischen 2013 und 2017 Präsident und Vizepräsident des Deutschen Städtetags und zwischen 2011 und 2017 Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. Geschätzt auch vom politischen Gegner. Am Ende seiner Amtszeit freute sich Maly auf einen leeren Terminkalender, die Gespräche mit den Kolleginnen und Kollegen im Städtetag vermisste er aber schon jetzt.

André Fischer

„Eine wichtige Frage für mich ist: Wie erreichen wir mit unserer Politik die Menschen?“



Oberbürgermeister Marcus König. Foto: Tanja Bolte

„Keiner darf verloren gehen“

Das gute Miteinander weiter zu fördern und die Stadt mit allen gesellschaftlichen Partnern voranzubringen – das hat sich Oberbürgermeister Marcus König (40) zum Ziel gesetzt. Ein Interview über Herausforderungen, wichtige Themen und Glücksmomente.

Nürnberg Heute: Was hat Sie nach den ersten Monaten im Amt am meisten überrascht?

Marcus König: (überlegt einen Moment) Die Geschwindigkeit der Themen. Mir war schon klar, dass es viele Themen sind, mit denen ich mich als Oberbürgermeister der zweitgrößten Stadt in Bayern täglich beschäftigen muss. Aber dass in so kurzer Zeit hintereinander am Tag acht, zehn oder zwölf verschiedene Themen verarbeitet werden müssen, bei denen ich ja auch inhaltlich sehr gut vorbereitet sein muss, hat mich schon sehr überrascht. Ich habe mir das in der Intensität nicht so vorgestellt. Das ist schon eine Herausforderung. Aber der Stelle ich mich gern. Und es macht mir sehr viel Spaß.

Welche Entscheidung ist Ihnen am schwersten gefallen?

(überlegt wieder einen Moment) Alle Entscheidungen, die uns – gerade jetzt in Corona-Zeiten – auch im Alltag einschränken, sind immer schwer. Aber ich versuche, so gut es geht mit den Expertinnen und Experten abzuwägen, Entscheidungen auch immer wieder zu hinterfragen. Aber manche Entscheidungen sind eben auch notwendig, um – bleiben wir bei Corona – die Bevölkerung zu schützen. Ich sehe ja auch an den Reaktionen, beispielsweise in den Sozialen Medien oder auch per Mail, dass solche Entscheidungen bei den Menschen nicht nur Begeisterung hervorrufen, weil sie halt wieder Einschränkungen erleben müssen. Das tut mir weh! Aber dennoch glaube ich, dass es wichtig ist für uns alle.

Der größte Glücksmoment für mich als Oberbürgermeister war bisher?

... das ist das Feedback aus der Bürgerschaft. Es gibt viele Menschen, die schreiben nicht, dass alles schlecht ist, die sich nicht nur beschweren. Es gibt viele Nürnbergerinnen und Nürnberger, die aufmunternd schreiben, die sich bedanken, etwa für Beschlüsse, die wir durchgesetzt haben, oder für das, was sie in der Stadt erlebt haben. Solche positiven Rückmeldungen zu bekommen, das sind für mich schon auch schöne Momente. Und des Weiteren ist es für mich schon auch sehr motivierend und freut mich einfach, wenn mir die eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und städtische Beschäftigte ein positives Feedback geben. Das ist für mich und meine Arbeit im Rathaus eine schöne Bestätigung.

Was ist Ihr besonderes Anliegen als Oberbürgermeister für Nürnberg?

Dass wir in Krisenzeiten – sei es wirtschaftlicher Art oder jetzt Corona – immer gemeinschaftlich zusammenstehen und sagen: Ja, das packen wir jetzt gemeinsam. Ein jüngstes Beispiel war die drohende Schließung der beiden Karstadt-Filialen in Nürnberg. Hier haben Politik, Wirtschaft, Stadtverwaltung, Personalräte und Gewerkschaften an einem Strang gezogen. Wir haben es nur zusammen geschafft, die Schließung abzuwenden. Jeder für sich alleine wäre nicht erfolgreich gewesen. Mein Anliegen ist es, diesen gemeinsamen Weg fortzuführen, weil er uns, weil er Nürnberg stark macht und uns hilft, Rückschläge zu verkraften. Mein Ziel ist auch: Keiner darf verloren gehen! Und an dieser Stelle ist es mir wichtig zu erwähnen, dass es in Nürnberg ein tolles ehrenamtliches Engagement gibt. Auch das trägt maßgeblich zu einem guten Miteinander in der Stadt bei. Dies zu fördern und auszubauen, ist ein weiteres besonderes Anliegen für mich.

Verantwortung für über 11 400 kommunale Beschäftigte, ein Stadthaushalt von mehr als zwei Milliarden Euro, es leben 540 000 Einwohner in Nürnberg: Flößen Ihnen diese Zahlen eigentlich Respekt ein?

Die flößen mir Respekt ein. Aber ich sehe genauso, dass wir 11 400 Chancen haben; dass wir einen großen Etat haben, um die Zukunft in Nürnberg zu gestalten; und dass großartige Menschen in der Stadt leben, die ein Interesse daran haben, sich einzubringen. So gesehen sind das für mich schon große Zahlen, ja. Aber es sind für mich deshalb eben auch positive Zahlen.

Corona ist derzeit das alles beherrschende Thema im Rathaus und in der Stadt. Ist da überhaupt noch Platz für wichtige andere Themen?

Ein wichtiges Thema, eine wichtige Frage für mich ist: Wie erreichen wir mit unserer Politik, wie erreichen wir

mit unseren Entscheidungen noch die Menschen? Um sie mitzunehmen und dass sie das Gefühl haben, sie sind Teil dieser Stadt. Das ist eine große Herausforderung. Dann ist natürlich ein großes Thema die Nachhaltigkeit. Darunter fallen die Themen Klima- und Umweltschutz, Mobilität, aber auch: Wie wollen wir in Zukunft bauen, wie wollen wir in Zukunft in der Stadt leben? Das sind alles Bälle, die man ständig hochhalten muss. Jedes einzelne Thema ist wichtig. Und für jedes Thema braucht man am Ende nicht nur den politischen Willen, sondern auch eine politische Mehrheit im Rat.

Wie viel Zeit bleibt Ihnen eigentlich als Oberbürgermeister für Ihre Familie und das Privatleben?

Ich gönne mir – bei all den vielen Terminen von Montag bis Sonntag – den Raum für ein bisschen Privates. Ich sehe zu, dass ich den einen oder anderen Nachmittag auch einmal mit meiner Familie verbringen kann. Das ist nicht immer einfach, aber das ist sehr wichtig.

Nürnberg ist nicht zur Europäischen Kulturhauptstadt 2025 ernannt worden. Sind Sie enttäuscht?

Natürlich. Wir hätten alle gerne gewollt, dass Nürnberg Europäische Kulturhauptstadt im Jahr 2025 wird. Das wäre für uns eine große Chance gewesen, zu zeigen, dass Nürnberg noch viel mehr ist als Christkindlesmarkt, Lebkuchen, Bratwurst und Butzenscheiben. Es hätte uns die große Chance geboten, dass viele Menschen aus Europa zu uns in die Stadt kommen. Wir freuen uns aber auch für Chemnitz und gratulieren der Mitbewerberin ganz herzlich zum Gewinn des Titels.

War der Bewerbungsprozess umsonst?

Auf keinen Fall. Schon der Bewerbungsprozess hat die Stadt enorm vorangebracht. Die Vielfalt der kulturellen Szene – wie auch der Gesellschaft in Nürnberg insgesamt – ist durch unsere gemeinsamen Anstrengungen für den Kulturhauptstadt-Titel sehr viel deutlicher geworden. Die zahlreichen Akteure haben sich durch den Prozess und über den langen Bewerbungszeitraum viel besser miteinander vernetzt; und auch der Kontakt zur Stadt hat sich verbessert. Es sind ja auch sehr viele Projekte angestoßen worden. Mit dem Titel – und den Mitteln von Land und Bund – wäre es aber natürlich leichter gewesen, sie auch umzusetzen. Nun müssen wir schauen, was wir in Nürnberg in den nächsten Jahren dennoch realisieren können. Der Bewerbungsprozess hat auch die Metropolregion noch enger zusammenschweißt. Mit anderen Worten: Der Bewerbungsprozess hat sich gelohnt.

Interview: Andreas Franke

Viele neue Gesichter

Frauenpower für Nürnbergs Stadtspitze: Neben Kulturbürgermeisterin Julia Lehner steuern Elisabeth Ries, Referentin für Jugend, Familie und Soziales, Cornelia Trinkl, Referentin für Schule und Sport, und Britta Waltherm, Umwelt- und Gesundheitsreferentin, die Geschicke der Stadt mit. Ihren Vorgängern im Amt, Reiner Prölß, Klemens Gsell und Peter Pluschke, verdankt Nürnberg viel.



Von Oktober 2003 bis April 2008 war **Klemens Gsell** 3. Bürgermeister mit dem Geschäftsbereich Umwelt. Zuständig war er für die Dienststellen Umweltamt, Chemisches Untersuchungsamt, Gartenbauamt sowie Abfallwirtschaft und Stadtreinigungsbetrieb und Stadtentwässerungsbetrieb. Zu seinen Schwerpunkten machte der Jurist die Themen Energiekompetenz, Klimaschutz sowie Sauberkeit und Grün. 2008 trat Gsell für die CSU als OB-Kandidat gegen Amtsinhaber Ulrich Maly (SPD) an und unterlag. Er behielt sein Amt als 3. Bürgermeister, wechselte jedoch den Geschäftsbereich zu Schule und Sport. Ihm unterstanden das Amt für Allgemeinbildende Schulen, das Amt für Berufliche Schulen, das Institut für Pädagogik und Schulpsychologie, der Bereich Informationsverarbeitung Schulen, die Hausverwaltende Einheit – Schule und Sport sowie der SportService.

Gsell setzte sich für eine deutlich verbesserte Ausstattung der Schulen ein und entwickelte eine IT-Strategie, mit der nicht nur die Neubauten technisch

auf aktuellem Stand ausgerüstet wurden, sondern schnelles Internet und WLAN sukzessive auch in den älteren Gebäuden Einzug hielten. In seiner Amtszeit entstanden mehrere Schulbauten, etwa die Johann-Pachelbel-Realschule, das Sonderpädagogische Förderzentrum Paul-Moor-Schule und die Michael-Ende-Schule. Weitere von ihm angestoßene Neubauprojekte sind die neue Bertolt-Brecht-Schule und der Ersatzneubau des Schulzentrums Südwest mit Peter-Henlein-Realschule und Sigmund-Schuckert-Gymnasium. Im Bereich Sport entstanden neue Turnhallen, bestehende Anlagen wurden saniert und erweitert und als überregionale Sportstätte ging 2019 der Bundesleistungszülpunkt Taekwondo in Betrieb. Seine Amtszeit als Schul- und Sportbürgermeister endete nach zwölf Jahren am 30. April 2020. Der Geschäftsbereich wird als Referat für Schule und Sport weitergeführt.

Als neue Schul- und Sportreferentin trat am 1. September 2020 **Cornelia Trinkl** die Nachfolge Gsells an. Der Stadtrat wählte die Gymnasiallehrerin am

22. Juli mit 45 von 55 gültigen bei 68 abgegebenen Stimmen. Für ihre sechsjährige Amtszeit hat sich Trinkl insbesondere vorgenommen, das Neubau- und Sanierungsprogramm der Schulen und die Investitionen in die Bildungsinfrastruktur unter dem Motto „Kein Kind darf verloren gehen“ voranzutreiben. Im Bereich Sport ist ihr ein guter Mix von Schul-, Breiten- und Spitzensport und die Unterstützung der ehrenamtlich geführten Vereine wichtig.

Zwölf Jahre lang war der Chemiker **Peter Pluschke** berufsmäßiger Stadtrat. Bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand am 1. Mai 2020 leitete er das Referat für Umwelt und Gesundheit. Es umfasst das Umweltamt, das Gesundheitsamt, den Abfallwirtschaftsbetrieb, die Stadtentwässerung und Umweltanalytik sowie die Friedhofsverwaltung. Mit seiner Amtszeit verbunden bleibt der Klimafahrplan 2010 bis 2050 mit Klimaschutzzielen für die Europäische Metropolregion Nürnberg, der Initiierung von Energiewende-Projekten und der energetischen Nutzung von Klärgas in der Abwasserreinigung durch Blockheizkraftwerke.

Pluschke setzte die Ausweisung des östlichen Pegnitzals als Naturschutzgebiet durch, beförderte die Einrichtung von Tempo-30-Zonen und den Einsatz lärmindernder Straßenbeläge. Dank der Bemühungen um die Luftreinhaltung wurden 2019 erstmals in Nürnberg alle Grenzwerte für Luftschadstoffe unterschritten. In der Abfallwirtschaft leisteten die Einführung der Roten Tonne für Elektrokleingeräte und der Umstieg vom Gelben Sack auf die Gelbe Tonne Beiträge zur Wiederverwertung von Rohstoffen. Das Ende von Pluschkess Amtszeit als Gesundheitsreferent war gekennzeichnet durch den Kampf gegen die Ausbreitung der Covid-19-Infektionen.

Zu Pluschkess Nachfolgerin bestimmte der Stadtrat am 25. September 2019 die Politologin **Britta Waltherm**. Sie erhielt 37 Ja-Stimmen von den 65 anwesenden Stadtratsmitgliedern. Sie will sich in ihrer sechsjährigen Amtszeit stark machen für die Klimaneutralität der Stadtverwaltung, den Erhalt der biologischen Vielfalt in der Stadt, für nachhaltigen regionalen Anbau und Vermarktung gesunder Lebensmittel sowie ein schlagkräftiges Gesundheitswesen.

Von 2005 bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand am 30. April 2020 war **Reiner Prölß** berufsmäßiger Stadtrat für Jugend, Familie und Soziales. Zu dem Geschäftsbereich gehören das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien – Jugendant, das Amt für

Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, das Seniorenamt und das NürnbergStift. Für Prölß war die Gestaltung einer solidarischen und zukunftsfähigen Stadtgesellschaft wichtig, die allen ein menschenwürdiges Leben und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Ein bedeutender Arbeitsschwerpunkt waren für ihn die Kindertageseinrichtungen: Über 12 000 Plätze in Krippen, Kindergärten, Horten und in der Tagespflege entstanden in seiner Amtszeit. Ausgebaut wurden auch Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sowie die Jugendsozialarbeit an Schulen.

Das „Bündnis für Familie“, eine breite gesellschaftliche Allianz für ein familienfreundliches Nürnberg, erfuhr ebenso wie die Arbeit des Allgemeinen Sozialdiensts seine volle Unterstützung. Prölß stellte die Weichen für die Weiterentwicklung des NürnbergStifts als Träger der kommunalen Senioren- und Pflegeheime und entwickelte Armutspräventions- und -bekämpfungsstrategien, insbesondere Arbeitsprogramme gegen Kinder- und Jugendarmut und gegen Altersarmut. Von seiner Förderung des bürgerschaftlichen Engagements profitierte der gesellschaftliche Zusammenhalt während der Flüchtlingszuwanderung ab 2015.

Zur Nachfolgerin von Prölß bestimmte der Stadtrat **Elisabeth Ries**, die am 25. September 2019 von den 65 anwesenden Ratsmitgliedern 56 Ja-Stimmen erhielt. Die Kulturwirtin und Maîtrise en Sciences Politiques will sich bis 2026 für den Ausbau der sozialen und Bildungsinfrastruktur einsetzen und ein gutes Angebot an Plätzen in Kindertages-, Kinder- und Jugendeinrichtungen, in der Ganztagsbildung, bei Seniorenangeboten und in Pflegeeinrichtungen schaffen.

In seiner konstituierenden Sitzung am 11. Mai 2020 wählte der Stadtrat als 2. Bürgermeisterin mit 48 von 71 Stimmen die bisherige Kulturreferentin **Julia Lehner**. Ihr Geschäftsbereich Kultur umfasst weiterhin die Dienststellen Amt für Kultur und Freizeit, Bildungscampus, KunstKulturQuartier, Museen der Stadt Nürnberg sowie Stadtarchiv und Stadtbibliothek. Der bisherige 2. Bürgermeister **Christian Vogel** wurde mit 56 Stimmen zum 3. Bürgermeister gewählt. Er behält seinen Geschäftsbereich mit Feuerwehr, Tiergarten und Servicebetrieb Öffentlicher Raum, gab jedoch die Bürgerämter Nord/Ost/Süd an das neu geschaffene Direktorium Bürgerservice, Digitales und Recht ab, das seit 1. September 2020 **Olaf Kuch**, bisheriger Chef des Einwohneramts, leitet.

Alexandra Foghammar